

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Dachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentüpfelerei und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Höflerer, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Zerk330arbeitsler

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreise 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abdruckes Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friederichstr. 5-6. Fernspr.: 21 7 000/01 7653, 7651, 6240, Postfach, Berlin 6232.

Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale, Geschäftsansagen nach Carlshof, Werder, Berlin SW 11.

### Der Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten allgemeinerverbindlich.

Der Reichsarbeitsminister  
III Nr. 401/793 Tar.

Berlin, NW 40, den 18. Sept. 1931.  
Scharnhorststraße 35.

#### Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinerverbindlich erklärt:

#### I. Parteien des Tarifvertrages:

- a) auf Arbeitgeberseite:  
Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe E. V., Berlin;  
Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. V.;  
Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen E. V.;
- b) auf Arbeitnehmerseite:  
Deutscher Bauwerksbund;  
Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (nur zu IIa);  
Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands;  
Zentralverband der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

#### II. Tag des Abschlusses: 28. März 1931.

- a) Reichstarifvertrag,
- b) Vereinbarung über Akkordarbeit,
- c) Anhang betr. Asphalt- und Teerarbeiten im Straßenbau.

#### III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter im Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbaugewerbe (einschließlich der bei Wege-, Straßen- und Chausséearbeiten, ausgenommen Pflasterarbeiten-beschäftigten).

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht:

1. bezüglich des Straßenbaugewerbes auf Arbeitsverhältnisse
  - a) in Betrieben, die dem Reichsverband für das Deutsche Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe E. V. angeschlossen sind,
  - b) in anderen mit Straßenbau beschäftigten Betrieben, die nach Ursprung und Grundlage dem Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe angehören,
  - c) in Betrieben, für die besondere Tarifverträge für den Asphalt- und Teerstraßenbau gelten;
2. bezüglich privatwirtschaftlicher Betriebe, die nicht Baubetriebe sind, auf Arbeitsverhältnisse von Bauarbeitern, die regelmäßig mit Instandsetzungs- oder Erneuerungsarbeiten beschäftigt sind;
3. bezüglich des Reichs, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn auf Arbeitsverhältnisse
  - a) der ständigen Arbeiter,
  - b) der unständigen Arbeiter, soweit sie vorübergehend als Ersatz für ständig beschäftigte Arbeiter eingestellt oder soweit sie zu Arbeiten verwendet werden, die zu den auf Gesetz, behördlicher Anordnung oder Herkommen beruhenden Aufgaben öffentlicher Arbeitgeber zählen und nach Art und Umfang in eigener Verwaltung ausgeführt zu werden pflegen,
  - c) der aus Fürsorgemitteln im Wege der Arbeitsfürsorge beschäftigten Arbeiter,
  - d) in den Wasserstraßen- und Wasserbauverwaltungen des Reichs und der Länder beschäftigten Arbeiter;

4. auf Arbeitsverhältnisse von Arbeitern, die mit land- oder forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten beschäftigt werden.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.

V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 11 des Tarifvertrages.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. September 1931.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit der Vereinbarung vom 18. März 1931 hat geendet.

Im Auftrag:

gez.: Dr. Sigler.

Beglaubigt:

gez.: Müller, Min. Kanzleisekretär.

Eingetragen am 24. September 1931 auf Blatt 8331 und 10 105 I d. Nr. 7 des Tarifregisters.

Der Registerführer: gez. Sprengel.

Mit dieser Entscheidung ist die besonders in dieser Krisenzeit mit ihrem Schmutzkonkurrenzen seit langem dringliche Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ausgesprochen worden. Sie bedeutet, daß vom Tage der Geltung der Allgemeinverbindlichkeit an, vom 1. September 1931, der Reichstarifvertrag auch für die unorganisierten Unternehmer rechtsverbindlich ist. Auch die bei unorganisierten Unternehmen beschäftigten Kollegen des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes müssen ebenso wie die Gesamtheit unserer Kollegen nun noch mehr als bisher für die reiflose Durchführung des Reichstarifvertrages eintreten. Sie müssen auch, obgleich die Allgemeinverbindlichkeit der Löhne noch ausbleibt, nicht nur den Tariflohn und die tariflichen Zuschläge, deren Verhältnis zum Reichstarifvertrag festgelegt sind, fordern, sondern auch die Ferien. Ferien! Man scheut sich fast, dies Wort auszusprechen, aber immerhin wird auch diese Bestimmung, die infolge der besonders schweren Krise im Baugewerbe in der Luft zu hängen scheint, für etliche Kollegen noch heute von Bedeutung sein; wir wollen hoffen, daß sie während der Laufdauer des Reichstarifvertrages noch vielen zehntausenden Kollegen Nutzen bringen wird. Für die Errichtung von Betriebsvertretungen im Baugewerbe gilt nun der § 8 des neuen, jetzt allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrages. Keine Baufirma ohne Betriebsvertretung, ohne Baudelegierten! muß nach wie vor die Lösung sein. Die Baudelegierten sollen sich der Lehrlinge besonders warmherzig annehmen; ihre Rechte sind im § 6 des Reichstarifvertrages umschrieben. Den Lehrlingen müssen neben den tariflich festgelegten Entschädigungen bei allen Unternehmern Ferien gewährt werden. — Die in der Allgemeinverbindlichkeitserklärung unter Ziffer V festgelegte Ausnahme entspricht den Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes. Alle Streitfälle aus dem Einzelarbeitsvertrag mit organisierten Unternehmern müssen zunächst bei der Schlichtungskommission, Streitigkeiten mit unorganisierten Unternehmern nach wie vor beim Arbeitsgericht anhängig gemacht werden.

### Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Einstmals hat Walter Rathenau eine berühmte große Rede auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genoa, der ersten Konferenz, wo sich Staatsmänner und Wirtschaftsführer der Welt besprachen, geschlossen mit den Worten: Pacl Pacl Pacl (Frieden! Frieden! Frieden!) — Die große Kundgebung des DGBB und des FZB-Bundes am 25. September in Berlin, über die wir bereits in der vorigen Nummer des „Grundstein“ berichtet haben, stand unter dem Eindruck der immer wieder erhobenen Forderung: Arbeit! Arbeit! Arbeit! Die dort gehaltenen Reden — besonders die der Gewerkschaftsführer — waren eine wichtige Anklage, nicht nur gegen das System der kapitalistischen Wirtschaft, sondern auch Anklage gegen die Latenzlosigkeit der Reichsregierung, wenn es gilt den sozialen Schutz und die Interessen der werktätigen und darbenenden Bevölkerung zu sichern. Die Reden waren zugleich donnernde Forderungen an Regierungen und öffentliche Körperschaften, die durch Abstände verfehen waren. Wenn die Kundgebung auch in erster Linie wirtschaftlich-sozialen Charakter trug, so reichte die von den Reden ausgehende Wirkung doch weit ins Politische. Viele nicht unwesentliche Nebenwirkungen läßt sich am besten in die allbekannten Worte fassen: Arbeit — Freiheit; Freiheit — Brot! — Mögen die Staatslenker, möge besonders die Reichsregierung die hochpolitische Bedeutung der Kundgebung nicht übersehen. Möge sie die Lösungsworte in vollem Sinne erfassen und danach handeln! — Nachfolgend bringen wir auszugsweise noch die Rede unseres Kollegen Nikolaus Bernbard:

#### Die Bauwirtschaft in der Krise.

Die Bauwirtschaft als Schlüsselindustrie könnte für zahlreiche und mannigfache Industriezweige allgemein wirtschaftsbelebend wirken, wenn ihr — wie das in früheren Krisenzeiten der Fall war — gerade jetzt Aufträge zugeleitet würden. Der früher übliche Wechsel von Industrie- und Bauwirtschaft fehlt heute infolge Verlegens des privaten Kapitalmarktes. Die Gründung in der Bauwirtschaft vermehrt sich in vielen Gewerben die Arbeitslosigkeit.

#### Einparungen beim Bauen wirken nicht teilnehmend, sondern teilnehmerföndend.

Um die Folgen dieses Zustandes ermessen zu können, muß man sich der Größenstellung bewußt sein, die die Bauwirtschaft in der Gesamtwirtschaft einnimmt. Nimmt man zur eigentlichen baugewerblichen Produktion alle Baugewerbe, die Wasserversorgung und den Handel hinzu, dann dürften in normalen Zeiten 2% bis 3 Millionen Arbeiter und Angestellte für die Bauwirtschaft tätig sein. Einschließlich der Angehörigen sind etwa ein Achtel bis ein Siebtel des deutschen Volkes von der Bauwirtschaft abhängig. Der Produktionswert der Bauwirtschaft betrug in den letzten Jahren 8% bis 9 Milliarden Reichsmark. Mit den Hilfsindustrien und den Gewerben, die durch eine Bau-tätigkeit sofort angekurbt werden, sind es mindestens

12 bis 13 Milliarden Reichsmark. Jetzt haben wir in den meisten Orten Stillstand. Das Produktionsvolumen ist um gut zwei Drittel gesunken. Seit 1 1/2 Jahren ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, in den Baugewerben und in den Baustoffindustrien in so starkem Maße gestiegen, daß im Jahresdurchschnitt bereits 20 bis 25% aller Arbeitslosen auf die Bauwirtschaft entfallen. Nach den sorgfältigen Feststellungen des Deutschen Bauwerksbundes betrug die Zahl seiner arbeitslosen Mitglieder im Jahresdurchschnitt: 1928 insgesamt 80 680 = 18,7 %, 1929 141 642 = 28,9 % und 1930: 228 280 = 47,6 %. Bis Anfang September dieses Jahres liegt die Zahl der Arbeitslosen auf: 289 125 = 64,6 % unserer Mitglieder. Sie steigt bis Ende dieses Jahres sicher auf drei Viertel des Mitgliederbestandes. In einigen Bezirken werden unsere Mitglieder wohl reiflos in das Arbeitsloseneid gestossen. Wir haben heute schon Bezirke, wie das Rheinland, wo 74 %, oder Weiskalen, wo 82 % unserer Mitglieder arbeitslos sind! Die katastrophal für die baugewerblichen Arbeitsmarktlage entwickelt hat, zeigen die Zahlen der größten und wichtigsten Berufsgruppe des Bauwerksbundes. Von den Maurer-Mitgliedern des Bauwerksbundes waren arbeitslos: Ende August 1928 insgesamt 6582 = 3,4 %, Ende August 1929 insgesamt 14 987 = 7,1 %, Ende August 1930 insgesamt 82 847 = 40,8 % und Ende August 1931 insgesamt 133 267 = 69 %. Der Zentralverband der Zimmerer und der Verband der Maler haben die gleich hohen Arbeitslosenzahlen. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat unter seinen baugewerblichen Mitgliedern 36 % Arbeitslose.

Mindestens 350 000 Bauarbeiter haben seit mehr als 1 Jahr, etwa 150 000 seit mehr als 1 1/2 Jahren, etwa 75 000 seit mehr als 2 Jahren keine Arbeit.

Die zuständige Stelle hilft uns auch nicht, die Arbeit unter den vorhandenen Arbeitskräften zu verteilen. Das ist nur möglich durch eine Arbeitszeitverkürzung!

#### Das Reichsarbeitsministerium aber läßt sich Zeit.

Obwohl bereits am 27. März das erste Gutachten der Brauns-Kommission herauskam, dann im April in einer Eingabe die Vierzigstundenswoche ausführlich begründet und am 28. Juni mündliche Verhandlungen im Ministerium gepflogen wurden, hat man den Unternehmern monatelang Zeit gelassen, sich die Sache zu überlegen. Wenn nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden, verlieren diese für das Jahr jeden praktischen Wert! Stark vermehrt wurde die Arbeitslosigkeit durch die Einstellung und Stilllegung von Bauern. Nach unseren Feststellungen sind in den vergangenen Wochen 190 öffentliche Bauten stillgelegt worden. Dazu kommen 66 größere Privatbauten, 41 Wohnblöcke und 107 sonstige große Wohnbaugruppen. Noch in diesem Jahr projektiert, aber nicht begonnene Objekte sind ihrer sehr viele mehr!

**Statt vom Baugeber her die Wirtschaft durch Aufträge der öffentlichen Hand anzuführen, geschieht das Gegenteil!**

Einige Städte lassen verlaufen, daß sie auf mehrere Jahre keinen Bauauftrag vergeben können. Die durch die Stilllegung „erparter“ Gelder gibt man lieber für unproduktive Unterhaltungen aus und mindert durch die Stilllegung gleichzeitig die Steuererträge. Die Gläubigern der Arbeitslosigkeit zeigen uns den erschreckend tiefen Grad der Bauwirtschaftskatastrophen; sie sind zugleich eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und an alle öffentlichen Körperschaften, mit Bauaufträgen konjunkturausgleichend zu wirken! — Der Reichsarbeitsminister schrieb uns:

„Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß alles daran gesetzt werden muß, um die Bauwirtschaft, deren Schlüsselstellung im durchaus wichtig, sowohl nun dringend möglich in Gang zu halten oder wieder in Gang zu setzen.“

**Nicht nur Worte, Herr Minister, Taten wollen wir sehen!**

Jetzt rächt sich bitter, daß die Privatwirtschaft gegen die Unterfütterung der Bauwirtschaft durch öffentliche Körper schafften Sturm ließ! Das geht auch aus einem Schreiben des Reichsstatistikbundes hervor. In ihm heißt es:

„Unsere Mitgliederstädte ist bis in die letzten Tage hinein auch gerade aus den Kreisen der Privatwirtschaft heraus ein schwerer Vorwurf gemacht worden. Gerade wegen ihrer Förderung der Bauwirtschaft und des Hoffens auf den gleichen Grunde veranfaßten Hoffensarbeiten ist ihnen immer wieder der Vorwurf gemacht worden, sie hätten gegen den Geist der Sparmaßnahme schwer gesündigt; es sei nicht ihre Aufgabe, die Wirtschaft durch Erteilung von Aufträgen anzuregen, sie müssen sich vielmehr einschränken und aufs äußerste sparen usw. Diesen Gedankenanklagen hat sich jetzt offenbar auch die Reichsregierung angeschlossen, die jetzt mit allen Mitteln die Gemeinde zu weitestgehender Einschränkung ihrer Ausgaben auf allen Gebieten zwingen will. Einem solchen Drucke der Reichsregierung müssen sich die Gemeinden ohne Rücksicht auf ihre eigene Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit solcher Maßnahmen fügen, da sie finanziell im weitesten Maße von der Reichsregierung abhängig sind.“

Im Vordergrund des Meinungsstreites steht der Wohnungsbau. Da wird beispielsweise vom Institut für Konjunkturforschung behauptet, Wohnungsmangel bestche nur noch in beschränktem Maße, in den meisten Gebieten sei sogar Wohnungsüberschuß. Diese Behauptung ist nicht objektiv, sondern entspringt politischen Erwägungen; sie ist sehr leichtfertig aufgestellt! Es ist zwar leider so, daß sich die lohngebenden Menschen in den Wohnungen zusammenpressen müssen, weil sie die geringe Unterfütterung für Nahrungsmittel und für sonstige für des Lebens Notdurft unerlässliche Gebrauchsartikel aufwenden müssen. Wir haben heute wieder eine Ueberbelegung der Wohnungen, die einen bedenklichen Rückfall in die Wohnverhältnisse der Vorkriegszeit bedeuten und so die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder zerstören.

**Dabei fehlen uns — schon nach der Berechnung des Reichsarbeitsministeriums — mindestens 550 000 bis 600 000 Wohnungen.**

Rechnen wir das minus aus dem diesjährigen Bauprogramm hinzu, dann haben wir bis Jahreschluß ein Fehlen von 4 Millionen. Nehmen wir außer dem jährlichen Zuwachs an Hausbauten den notwendigen Ersatz für abbruchreife Wohnungen, dann müßte man im laufenden Jahrzehnt jährlich mindestens etwa 300 000 Wohnungen bauen. Das beispielsweise von dem im Jahre 1930 erstellten 330 000 Wohnungen 6500 leer stehen, bemißt nur, daß diese Wohnungen von den abgehenden Lohn- und Gehaltsempfängern nicht besetzt werden können. — Statt nun einen normalen Wohnungsmarkt, ähnlich wie in der Vorkriegszeit, aufzubauen, wird die Wohnungsnot verewigt. Der Wohnungsbau darf aber nie wieder auf den privaten Kapitalmarkt abgestellt werden. Ohne öffentliche Mittel gibt es keinen Wohnungsbau mit für Arbeiter und Angestellte tragbaren Mieten.

Die Hausbesitzer und der Handabund fordern, daß man den Sprung zur Rückkehr in völlig freie Marktverhältnisse wagen soll. Sie fordern restlose Befreiung der Hauszinssteuer und die völlige Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft auf dem Bau- und Wohnungsmarkt. Auch die Hypothekendarlehen stehen dahinter, die durch Hochhaltung der Zinsen in erster Linie schuld sind an dem verheerenden Wohnungsbau der letzten Jahre, denen es aber sehr gut geht. Man kann auf sie das Wort verwenden:

**Den Hypothekendarlehen geht es von Tag zu Tag immer besser und besser.**

Die Hauszinssteuer soll befreit werden? An eine Aufhebung der Realrentenkürzung denkt man aber nicht.

**Von neuem wollen die Hausbesitzer Geschenke.**

Seit Jahren erhält der deutsche Hausbesitzer etwa 1 1/2 Milliarden Mark jährlich zur Ausführung großer und laufender Instandsetzungsarbeiten.

**Wozu hat der deutsche Hausbesitzer diese Gelder verwandt?**

Er hat seine Lebenshaltung verbessert; aber nicht die Wohnhäuser dieses Nationalgut — instand gehalten! Würde der deutsche Hausbesitzer seine Pflicht erfüllen, dann könnten das ganze Jahr hindurch, Sommer wie Winter, mindestens 1/2 Million Bauarbeiter, Außenarbeiter wie Innenarbeiter, beschäftigt werden.

**Hier muß Notverordnung werden!**

Die Hausbesitzer müssen zu den notwendigen Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten gezwungen, anderfalls müssen ihnen die Mittel entzogen werden. — Es behauptet sich hartnäckig das Gerücht, in Regierungskreisen bestche der Plan, das volle Aufkommen der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf in Anspruch zu nehmen. Für den Wohnungsbau wird künftig dann kein Pfennig mehr zur Verfügung stehen. — Begründet wird diese Ansicht damit, daß die Beschaffung von ersten Hypotheken ungewöhnlich schwierig sei und deshalb auch — trotz Vergabe von Hauszinssteuergeldern — keine Wohnungen mehr gebaut wer-

den können. — Die Verwirklichung dieses Planes würde bedeuten, daß die bisher dem Wohnungsbau aus der Hauszinssteuer noch zur Verfügung stehenden 400 Millionen Mark jährlich künftig zur Zahlung der Beamtengehälter verwendet, also mit ihnen keine produktiven Werte mehr geschaffen werden. Auch mit dem gekürzten Betrag von 400 Millionen Mark zusätzlich der Hypothekengelder lassen sich noch mindestens 150 000 kleine Wohnungen bauen. Dadurch hätten etwa 450 000 bis 500 000 Arbeiter Beschäftigung. Es ist weiter besser, für eine halbe Million Menschen Arbeit und für wohnungslose Familien neue Wohnplätze zu schaffen, als diese Millionenbeträge für Verwaltungszwecke zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Meinung stehen im Widerspruch die Verlautbarungen über die Verwirklichung jenes „Sieblungs“-planes des Finanzministeriums, wofür monatlich 20 Millionen Reichsmark aus Hauszinssteuermitteln hergegeben werden sollen. Wir bestreiten nicht die Notwendigkeit, das Wohnungselend auf dem Lande zu bekämpfen; aber die fester Plan, großstädtische Arbeiter aus- und anzusiedeln und die Art, wie das geschehen soll, ist anfeindlich.

**So hat sich die Sozialdemokratische Partei die Verwirklichung ihres Votrages vom Dezember 1930 über die Schaffung von Wohnheimstätten nicht gedacht!**

Der Deutsche Landkreistag weist mit Recht darauf hin, daß zur Bekämpfung des Wohnungselends und der Erhaltung von Neubewohnungen aus Hauszinssteuermitteln dringend not tut!

**Dem geplanten Landproletariat eine Heimstätte zu schaffen, ist des Schreyes aller Eben wert.**

Aber eine Sieblung bauen wollen, ohne Baubandwerker, ist nicht nur ein sehr gefährliches Experiment, sondern auch ein ganz unmögliches. Die Siebler würden von ihren „Heimen“ nie befreit sein. Sehr bald würden sich Reparaturen nötig machen. Sollen sich die Siebler einfach Solchbüßen zusammenhängen? Sollen sich die Siebler einfach billige und willige Lohnsklaven gesücht werden? Durch die Wegnahme von Geldern aus der Hauszinssteuer für dieses Experiment werden doppelt soviel Bauarbeiter arbeitslos, als Menschen neu angehebelt werden. Denn durch die Wegnahme von monatlich 20 Millionen Mark werden 70 000 bis 75 000 Kleinwohnungen weniger gebaut und dann 210 000 bis 225 000 Bauarbeiter arbeitslos werden. Hat man die Absicht, die arbeitslosen Bauarbeiter völlig ihrem Schicksal zu überlassen? Uns sind Pläne bekannt, die die Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung erneut als sogenannte „berufssüchtige Arbeitslose“ wiederum schlechter zu behandeln.

**Wir erheben entschiedenen Protest gegen die Schlechterstellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung.**

Wirkliche Arbeitsbeschaffung ist noch auf zahlreichen anderen Gebieten möglich. Wir erinnern an die notwendigen umfangreichen Meliorationsarbeiten, an die Entsättigung bereits urbarer Ländereien, an den Bau von Schutz-

dämmen gegen Hochwasserschäden und andere Arbeitsmöglichkeiten. Preußen hat in den Jahren 1924 bis 1931 allein 56 Millionen Mark für Hochwasserschäden ausgegeben, und im Freistaat Sachsen sind allein im südlichen Erzgebirge vom Juli 1927 einschließlich der Ausgaben der Reichsbahnverwaltungen für Herstellung der zerstörten Bahnhöfen für Hochwasserschäden fast 33 Millionen Reichsmark ausgegeben worden. Die Reichsbahnverwaltung könnte zur Erneuerung der Bahnanlagen, insbesondere des Oberbaues, sowie durch Brückenverfälschungen und durch Bau von Ufer- und Ueberführungen zur Sicherung des Verkehrs große Aufträge vergeben. Die Reichspost hat nicht minder die Pflicht zur Auftragserteilung. In den Gemeinden sind Kanalisations-, Schul- und Krankenbauten, vielfach dringend notwendig. Auch Stadt- und Landstraßenbau ist dringend notwendig. Daß die Lage sehr schlimm ist, bezeugt ein Brief des Verbandes der preussischen Provinzen vom 28. August 1931, in dem es heißt:

„Wir teilen den Standpunkt, daß die wesentliche Beschränkung oder Einstellung von Bauarbeiten vor allem auf dem uns besonders berührenden Gebiete des Straßenbaues volkswirtschaftlich falsch ist. Abgesehen davon, daß der Allgemeinheit durch vermehrte Arbeitslosenunterstützung erhöhte Lasten erwachsen, werden die Unterhaltungskosten der Straßen in den kommenden Jahren unverhältnismäßig hoch sein. Hinzu kommt, daß durch den schlechten Zustand der Straßen der Kraftverkehr voraussichtlich zurückgehen wird.“

Neben diesen Arbeiten würde der Bau von Zäunern, also die Abzäunung von Wäldern, durch Kraftwerkstribunen, wirtschaftlich wertvoll und für das hineingestiefte Kapital durchaus rentierbar sein. Diese Arbeiten lassen sich auch international durchführen, und auch hierzu sollte die Regierung ihre Hand helfen, beispielsweise den Plan des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes unterstützen.

Ich mahne alle verantwortlichen Stellen, die Dinge nicht nur arbeitsmarktpolitisch, sondern auch staatspolitisch zu sehen.

**Ich rufe für Hunderttausende von feiernden Bauarbeitern nach Arbeit!**

Alle unsere Arbeitslosen verzichten gern auf die Almosen des Staates und der Gemeinden. Sie wollen Werke schaffen. Sie wollen mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen.

In den Baunennrechnungen rosten Maschinen, Werkzeuge und Geräte; das Ritzzeug verfaul. In den Bauoffizien haben wir Berge von Bauplänen auf ihre Verwitterung wartend. Hunderttausende haben kein eigenes Heim, keine Wohnstätte, in der sie nach der Tagesarbeit in Stunden der Erholung neue Kraft schöpfen können.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Hunderttausenden Bauarbeiter nicht ins vollkommene Nichts gestürzt werden und so zur Verwerfung geziehen werden. Ihre seelische Einstellung zum Staat, zum Volk, zum Beruf, zum Leben auf ein sehr geringes Minimum herabgedrückt. Sald werden sie nicht mehr in ihnen jeder Hebe unterliegen; bald werden sie der Meinung sein, daß sie wirklich nicht mehr als ihre Ketten zu verlieren haben! Erlösung bringt uns Arbeit!

**Gewerkschaftliche Einheitsfront.**

Bei Abfassung dieses Artikels wissen wir noch nichts Positives über die von der Reichsregierung geplante neue Notverordnung. Jedenfalls versuchen die Spitzenverbände der Unternehmer in jeder Art und Weise die Reichsregierung zu beeinflussen, um die wirtschaftlich Schwachen der Willkür der wirtschaftlich Starken auszuliefern. Mit verheerender Hemmungswirkung versuchen die Unternehmer mit Hochdruck Notverordnungen zu erzwingen, wodurch ihnen die wirtschaftlich Schwachen auf Orade und Langade ausgeliefert werden.

Von jedem Einseitigen wird diese Gefahr erkannt. Da war es richtig, daß die Spitzenverbände aller drei gewerkschaftlichen Richtungen in Deutschland am 1. Oktober mit einer Kundgebung auf den Plan traten als Gegenkundgebung gegen das verdrückte Begehren der Unternehmerverbände. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände haben die nachstehende Kundgebung erlassen:

„Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Aufhebung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen

dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in härtester Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben.

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Verlangen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnof der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig hinfällig. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnof in

**den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems**

in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Versucht wurde sie durch überpannten Protektionismus, Subventionen, Ueberregulierung, Kapitalverschwendung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not.

Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die starre Interessentpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeiterbewegung ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl in Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksgutes die Abkehr von dem bisher beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zweck der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gestunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Sphären der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Deffensliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fiktionen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rüksichtlose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Wahrung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwelenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsverschuldung und der Reparationen.“

Das ist ein positives Programm. Es entbehrt nicht der sachlichen Schärfe, zeigt aber auch, in welcher Weise aus der Notzeit der wirtschaftlichen und politischen Krise herauszukommen wäre. Es wird gezeigt, daß die bisherige Senkung der Löhne und Gehälter und der Abbau der Sozialpolitik zu nichts anderem als zu einer ungeheuren Verschärfung der allgemeinen Not geführt haben. Damit ist das auf Vernichtung der Arbeiterorganisationen gerichtete Programm der Unternehmerverbände mit einem Schlag widerlegt. Klar wird gezeigt, wo der wirtschaftliche Hebel anzusetzen ist. Ein Zugestehen unserer sogenannten Wirtschaftsführer und aller sonstigen Gegner der Gewerkschaften wird es dieser Kundgebung anheben. Dieses Gebot wird nicht abgelehnt. Auf der Seite der gewerkschaftlichen Einheitsfront stehen Verzicht und klare wirtschaftliche Einheitsfront sind die zahlreichen Auswüchse des gegenwärtigen Wirtschaftssystems werden angeprangert. Möge die in dieser Richtung geschaffene Einheitsfront aller Gewerkschaften einen guten Aufstuf bilden zur Bekämpfung der reaktionären Bestrebungen aller Gewerkschaftsgegner!

**Wen es um die Kräfte geht, Tretet dem Arbeiter-Notbund bei!**

Unser Jahrbuch 1930.

Der Zweck und Wert unserer Jahrbücher ist im „Grundstein“ schon öfters eingehend besprochen worden. Erhöhen aber sind da und dort noch Bundesfunktionen anzuführen, die das in den Jahrbüchern mühselig gesammelte Werbe- und Lesungsmaterial nicht kennen oder aus irgendwelchen Gründen nicht verwerten. Solche Kollegen seien sich dann in Versammlungen oder auf der Bau- oder Stempelstelle ernsthaften Gegnern gegenüber sehr hilflos, sie kennen das Wesen und die Leistungen des Bundes nur oberflächlich und sind daher niemals imstande, die falschen Behauptungen dieser Gegner zu widerlegen. Gewöhnlich wird dann nur um die Angelegenheit herumgeredet, der Streit geht ins Persönliche über, die aufgeworfene Frage bleibt ungeklärt. Wesentlich anders aber verlaufen solche Auseinandersetzungen dort, wo sich unsere Funktionäre aus den Jahrbüchern das nötige Rüstzeug zum Kampf gegen die Gegner des Bundes verschafft haben. Dort werden nicht nur die verteilten Behauptungen verheerend zerschlagen, sondern gründlich widerlegt, sondern es werden zur wirksamen Werbung auch die Leistungen des Bundes gebührend hervorgehoben. Der Erfolg zeigt sich in solchen Baugewerkschaften in einer gesteigerten Disziplinierung der Mitglieder, in einer geringeren Anzahl von Inorganisierten und damit in einer fruchtbareren Solidarität unter den Berufskollegen.

Nach dieser Einleitung nun zu unserem Jahrbuch. Der in öffentlichen Körperchaften als Vertreter fähige Kollege findet alles Wissenswerte über die Bauwirtschaft in den Abschnitten über Bauwirtschaft und Wohnungswesen, Arbeitslosigkeit der Bundesmitglieder und die Bauunternehmungen im Geschäftsjahr 1930. Was gilt unter Einbeziehung des Abschnittes „Der Wirtschaftsjahr 1930“ auch für alle Funktionäre, die der Mitgliedschaft volkswirtschaftliche Aufklärung übermitteln wollen. In diesen Abschnitten des Jahrbuches wird auch gründlich Aufschluß gegeben über die Krise in der kapitalistischen Welt im Jahre 1930, über die damit verbundene Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Konjunktur, ihren Einfluß auf die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer katasrophalen Auswirkung auf dem Bauplatz. Der Rückgang an Wohnungen betrug im ganzen Reich 310 971. Dies sind rund 7000 weniger als im Vorjahre. Weit stärker als die Zahl der erstellten Wohnungen hat sich aber das Produktionsvolumen im Baugewerbe vermindert. Die durchschnittliche Raumzahl je Wohnung ist in den Mittelflächen von 3,8 auf 3,7 und in den Großstädten von 3,9 auf 3,8 zurückgegangen. Besonders ausführlich behandelt sind in dem Abschnitt „Bauwirtschaft und Wohnungswesen die Finanzierung des Wohnungsbau, der bisherige und der neue Kurs im Wohnungsbau, das Baupreisen in der Gegend, die Baupreise, die Kreditkosten und die Wohnungsmiete. Der Abschnitt „Die Bauunternehmungen im Geschäftsjahr 1930“ enthält wertvolles Material über den Geschäftsgang der Bauunternehmungen, deren Gewinne und Verluste, die Zusammenbrüche und ihre Ursachen. Das Kapitel „Arbeitslosigkeit der Bundesmitglieder“ ist im Berichtsjahr ergänzt worden durch eine statistische Uebersicht über die Dauer der Arbeitslosigkeit unserer Bundesmitglieder. 228 260 Mitglieder oder 47,57% der Gesamtmitgliedschaft unseres Bundes sind im Durchschnitt während des ganzen Jahres 1930 arbeitslos gewesen. Nach den Ergebnissen einer Sondererhebung im November 1930 waren 12 560 (4,3%) Mitglieder über 52 Wochen arbeitslos, 43 986 (14,9%) Mitglieder über 40 bis 52 Wochen, 64 067 (21,8%) 27 bis 39 Wochen. Die ersten 10 Mitglieder waren also über ein halbes Jahr arbeitslos.

Die Lehrtätigkeit und Neues enthalten auch in diesem Jahrbuch wieder die Abschnitte über „Arbeitsrecht und Sozialpolitik“ und über „Bauarbeiterfrage“. Wahre Fundgruben für die bei den Lohnbewegungen tätigen Funktionäre bedeuten ferner die Abschnitte „Die Bauarbeiterfrage in der Statistik“ und „Lohnbewegungen und Tarifverträge“. Hervorgehoben seien aus diesen Kapiteln nur die Besprechung der amtlichen Lohnverhandlungen vom Jahre 1929 und die Berichte über den Verlauf auf die Ergebnisse der Frühjahrslohnbewegung und über die Tätigkeit der Tarifkommissionen. Insbesondere sind die Abschnitte „Baubelegeren- und Bildungsstellen“, „Mitgliederbewegung“ und „Justizstatistik“. Aus ihrem Inhalt seien hervorgehoben die Besprechungen über den Umfang und die Ergebnisse der Bildungsarbeit in unserm Schulheim am Werlsee, über die Tätigkeit der Lehrmittelabteilung und über die Schwierigkeiten bei der Werarbeit und im Baubelegerenwesen, ferner über die Ursachen des wenn auch verhältnismäßig geringen Mitgliederverlustes und über die Mitgliederbewegung innerhalb der Fachgruppen und Bezirksverbände. Die Mitgliederzahl hat sich im Berichtsjahr von 489 885 auf 402 423 verringert, also um 27 457 oder um 5,6%. Einige Berufsgruppen konnten trotz der großen Arbeitslosigkeit auch im Berichtsjahr ihre Mitgliederzahl erhöhen. Die Eisenleger um 5,7%, die Ofenmänner um 4%, die Isolierer um 3,5% und die Steinpolier um 5,8%.

Sehr ausführlich ist diesmal auch der Bericht über das Leben und die Entwicklung der gegnerischen Pflichtenorganisationen. Jedes Mitglied sollte diese überaus sorgfältig zusammenstellen lassen können. Das gleiche gilt für die umfassenden Berichte über die Jugendarbeit, über die Internationalsorganisationen, über die Bauhilfenbewegung und über die Bauarbeiterinternationalen. Unentbehrlich für alle Kollegen, die Vertrauensämter bekleiden, ist das Wissen über die Vorgänge in der Verwaltung und im Kampfwesen des Bundes, da gerade hier die Gegner am häufigsten und schärfsten ansetzen, obwohl von ihren Organisationsstellen vernünftigerweise keine Verwaltungs- oder Kassensachen des Jahrbuches sind. In den betreffenden Abschnitten des Jahrbuches sind die Funktionen, insbesondere der Bundesleitung, gründlich Aufschluß über die Leistungen des Bundes, sei es in Unterhaltungen der Mitglieder bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Abregelung, Rechtsstreitigkeiten oder in Sterbefällen und bei Invalidität. Auch die Beitragszahlung und der Markenumsatz sind hier eingehend besprochen. Die Entwicklung der Bundesfinanzen im Jahre 1930 ist gekennzeichnet durch eine starke Verringerung aller wesentlichen Einnahmen und einer gleichzeitigen Steigerung der wichtigsten Ausgaben. Die Mindereinnahme gegenüber dem Vorjahre beträgt 7 315 457,43 M., das ist eine Einnahmeverminderung um 26%. Demgegenüber weisen die Ausgaben des Bundes in fast allen großen Posten gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Steigerung auf.

Insbesondere sind die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von 9 168 746,20 M. auf 11 576 620,05 M. gestiegen. Das sind 2 407 873,85 M., gleich 26,3% mehr. An Krankenunterstützung sind dagegen 448 718,15 M., gleich 27,7% weniger ausgezahlt worden als im Vorjahre. Die als Sterbeunterstützung ausgezahlte Summe hat sich gegenüber dem Vorjahre nur ganz wenig geändert. Die schon seit einigen Jahren beobachtete Steigerung der Ausgaben für Invalidenunterstützung hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Die Verbrauchsausgabe beträgt 223 695,85 M., gleich 37,3% der Vorjahressumme. Die Summe für Wanderunterstützung ist von 38 484,99 M. auf 100 646,98 M. gestiegen. Das bedeutet ein Mehr von 161,5%. Das gesamte Bundesvermögen hat sich als Ergebnis von Einnahme und Ausgabe um 6 106 697,35 M., gleich 20,08% verringert. Von diesem Vermögensrückgang entfallen 5 028 253,08 M. auf die Bundeshauptkasse und 1 078 444,27 M. auf das Vermögen der Baugewerkschaften.

Aus dem Bericht über Rechtschutz ergibt sich, daß die Internierung im Berichtsjahr vielfach das Ueberangebot von Arbeitskräften zu einem verstärkten Druck auf

Das soll das Mitgliedsbuch einer gewerkschaftlichen Organisation sein!?

Mitteldeutscher Bau-Prolet
Kampfortorg der revolutionär. Gewerkschaftsopposition
Industriegruppe Bau
Abonnements-Karte
für
Berufstätigkeit
Geboren am
Wohnung (Ort)
Straße
Gewerkschaft
Partei
Bezirksausschuß der R. G. O.
Industriegruppe Bau
Vom Inhaber selbst auszufüllen

In Wirtschaft ist es eine statische Kollektive, die dem Unterhalt (spaltungstreibende) Feinde der Gesellschaftsbewegung dient, revolutionären Klassenstrategien und kollektivistischen Literatur zu erzeugen.
Mit maulenben Hauptthema besitzen diese „revolutionären“ Literaturjünglinge, die keinen Punkt von der Arbeiterbewegung haben, ihr nie dienende, romantische Café in Berlin und ähnliche Kaffeehäuser der Großstädte. Bourgeoisintelligenz aus dem Berliner Westen - wie beim Neumann, das geistige Uebermaß der SPD, die sich nie entzieht um das Schicksal der Arbeiterklasse Gebanten gemacht haben, denen der Sozialismus weiter nicht ist als ein neuzensurierter Abenteuer, denen dienen die Beiträge dieser „Abonnementskarte“. Diese „Klassenkämpfer“ ist die Arbeiterbewegung gerade gut genug, den Waben für die Klassenkampf, romantisch der Salonliteratur bezuziehen. Die SPD, aber nicht die R.G.O., sind in den Händen, es handelt sich bei der R.G.O. um Organisationen mit Hauptunterstützungseinrichtungen. In Wirtschaft ist die R.G.O. nicht in der Lage, auch nur den kleinsten Schritt zu finanzieren. Wenn's gut geht, kommt sie mit der Beteiligung an Bauhilfen aus. - Einen kleineren Betrag haben die Arbeiter noch nicht erlebt.
Aufgestellte Arbeiter halten sich von der R.G.O. und den Literaturjünglingen und ihrem Summen fern. Sie werden nicht dazu beitragen, auch nur durch einen einzigen Gedanken ein gewerkschaftliches Interesse wie den „Bau-Prolet“, die sogenannte „Kampfortorg der revolutionären Gewerkschaftsopposition“, zu finanzieren.
Sagen Sie und die, die nie alle werden, nicht ist die!

die arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Verhältnisse ausgenutzt haben. Die Abwehr dieser Bestrebungen hat im Berichtsjahre trotz schwacher Bauwirtschaft und der geringen Beschäftigtenzahl die Rechtschutzfähigkeit des Bundes im Vergleich zum Vorjahre noch erhöht. Das zeigt sich vor allem in der Zahl der vom Bundesvorstand bewilligten Rechtschutzfälle. Im Jahre 1930 bewilligte der Bundesvorstand nach § 24 der Bundesatzung Rechtschutz für insgesamt 772 arbeitsrechtliche, sozialrechtliche und strafrechtliche Streitfälle gegenüber 730 im Vorjahre. Die Zahl der an den Streitfällen beteiligten Mitglieder war dagegen wegen der geringeren Beschäftigtenzahl niedriger als im Jahre 1929. Sie betrug 1489 gegenüber 1811 im Vorjahre. Die Jahresberichte der Rechtschutzgruppen und der 18 Bezirksverbände geben einen lehrreichen Uebersicht über die Aufnahme mühsamer Kleinarbeit, die im Laufe des Berichtsjahres innerhalb des Bundes geleistet werden mußte.

Den Schluß des Jahrbuches bildet wieder ein reichhaltiges Anlagenwerk von Tabellenübersichten. Hier kann der tiefer forschende Bundesfunktionär vor allem das für seinen Tätigkeitsbereich wichtige und ins Einzelne gehende Zahlenmaterial finden.

Wer ein vollständiges Bild über das Wesen und Wirken unserer Organisation gewinnen will, dem ist dringend geraten, wenigstens die wichtigsten Abschnitte des Jahrbuches zu lesen. So angenehm wie etwa die Lektüre eines Jahrbuches ist das freilich nicht. Doch soll hier der zur ernsthaften Organisationsarbeit bereit Funktionär bedenken, daß eine gute Vorbereitung besonders im gewerkschaftlichen Leben viel Aergers und Mühe spart, daß sich also die wenigen Stunden Forschung im Jahrbuch reichlich belohnt

machen. Kein Bundesfunktionär darf auf das malweisig im Jahrbuch gesammelte geistige Rüstzeug für den gewerkschaftlichen Kampf verzichten!

Immer wieder die alte Walze!

Wenn das Schwerkunferntum immer wieder nach allen möglichen reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiter schreit, dann darf dabei auch das „ehrbare Handwerk“ nicht fehlen. Und so lesen wir denn in der „Nordwestdeutschen Handwerker-Zeitung“ vom 18. September allerlei Erbauliches. Die Leitung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes verlangt in ihrem dem Sperrdruck, daß der Reichsverband des Deutschen Handwerkes „mit bisher noch nie dagewesenem Nachdruck noch in dieser Stunde“ (marum nicht Sekunde? Red.) der Reichsregierung lebensnotwendigste Forderungen des Handwerkes zur Anwendung des endgültigen Zusammenbruchs übermitteln und vertreten soll. Und wenn wir nun diese „Forderungen“ durchsehen, so finden wir die alte und schale Schmachtrübe der Schmerindulgie, aufgemischt durch die ehrbaren, im Nordwestdeutschen Handwerkerbund vereinigten Handwerker, die verlangt die unerschöpfliche Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die sofortige Auflockerung des Tarifzwanges zwecks Senkung der Selbstkosten, der Abbau der Regiebetriebe und die Ueberführung ihrer Aufgaben in die „selbstverantwortliche“ freie Wirtschaft, die „Vereinfachung“ des gesamten öffentlichen Unterhaltungswezens zum Zwecke der Verbilligung, eine sofortige einschneidende „Reform“ der Sozialversicherung zwecks Entlastung der Arbeiter und Unternehmer. Der ungeheure Ernst der Stunde erfordert geistesreich, daß über das Reichskabinett hinaus auch dem Reichspräsidenten, dem Reichspräsidenten, unumfänglich diese Forderungen unterbreitet werden. Hier handelt es sich um ein umfassendes, organisch aufgebautes Gesamtprogramm zur Lösung der Krise, mit dem Ziel der endgültigen Abkehr von dem bisherigen System der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Die hiesigen Handwerksmeister Nordwestdeutschlands reihen das Maul herzlich weit auf. Der erste Teil ihres „Programms“ beauftragt in die Zeit umgelegt die endgültige Überwindung des Wohnungszwanges, wodurch die katastrophale Wirtschaftslage noch mehr verschärft würde. Aber ganz besonders am Herzen liegt den Innungskräutern die „föhlbare Auflockerung des Tarifzwanges“, was in gutes Deutsch überseht heißt, ohne Beachtung tariflicher Bindungen die Löhne ganz erheblich zu senken. Man verlangt nackt und bloß durch das Reichskabinett und darüber hinaus durch den Reichspräsidenten eine Verordnung, wodurch der Tarifzwang für ganz Deutschland statlich sanktioniert als eine „gesetzliche“ Handlung erklärt wird. Damit glaubt man dann - wie behauptet wird - breite Schichten der Erwerbslosen in den Arbeitsprozess wieder einzufalten. Dieses öde Geschwafel hören wir jetzt fast täglich, obwohl bisher der „Erfolg“ jedes Lohnabbaus war, daß sich die Arbeitslosigkeit noch mehr verschärfte. Aber es gehört eben heute zum guten Ton, nackten Vergewaltigungsgelüsten ein ehrbar humanitäres Mäntelchen umzuhängen...

In dem gleichen Sinne wie diese Forderungen ist in der gleichen Nummer des Blattes auch der „Erfolg“ gehalten. Man glaubt, durch eine tarifrechtliche Lohnsenkung der gesamten Wirtschaftskrisen zu beheben. Es macht, wie wir schon vielfach zu beobachten Gelegenheit hatten, es den deutschen Internern nach und senkt ebenfalls die Löhne. So schmeißen sich die Unternehmer Deutschlands und die Unternehmer des Auslandes in ohnmächtiger Konkurrenz gegen die Wälle zu, erreicht wird dadurch in der Frage der Konkurrenz gar nichts, und die einzig Leidtragenden sind bei einer solchen internationalen Lohnsenkungsaktion die Arbeiter. Das im übrigen den Handwerkskäufern genau wie in der Schmerindulgie die Uebernahme von Arbeit durch die öffentliche Hand ein Dorn im Auge ist, verstehen wir ohne weiteres. Das ist heute ebenfalls ein Bestandteil im reaktionären Schlagwortbetrieb. Und wenn diese Handwerksmeister eine „Vereinfachung“ des gesamten öffentlichen Unterhaltungswezens zum Zwecke der Verbilligung und eine sofortige einschneidende „Reform“ der Sozialversicherung verlangen, so bedeutet das in gutes Deutsch überseht nichts anderes als Herabdruckung der Sozialversicherung auf das ärmste Minimum. Geradezu erforderlich mußte aber an, wenn erzählt wird, daß man diese „Reform“ durchsetzen wolle durch einen weiteren Ausbau des Innungskrankenkassenwesens. Eine „Reform“ in diesem Sinne bedeutete nur eine weitere Zersplitterung des Krankenkassenwesens und die Aufspaltung zahlreicher Innungskrankenkassen, die dann mit ihren wenigen Mitgliedern nichts leisten und weder leben noch sterben könnten. Wie malt sich nur in solchen Köpfen die Welt?

Mit Nachdruck wird in dem bereits erwähnten Leitartikel von dem Genosse Eichen, der ihn verbrochen, schamlos erklärt, daß die Löhne in bestimmten, wesentlich „innenmarktmäßig“ eingestellten Gruppen (Bauarbeiter, merkt du was? Red.) noch heute bis 30% über den Löhnen anderer Industriegruppen lägen. Im Fortdruck wird nochmals betont, auf der ganzen Linie müsse man von den „parteilichpolitischen Bindungen in der Lohnpolitik“ abkommen. Die „harten Löhne“ müßten verschwinden, das staatliche Schlichtungswesen müsse beiseite werden. Schade nur, daß die Leitung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes vergessen hat, einmal zu fragen, wie es denn mit den „parteilichpolitischen Bindungen“ steht! Gegen solche Bindungen hat man auf jener Seite einsehend gar nichts einzuwenden. Und wie steht es ferner mit dem Problem der starren Preise in Deutschland? Wo hört man noch etwas von irgenwelcher Preislenkung? Das, Bauer, ist jedenfalls etwas anderes! Darau kommt es den verknöcherten Innungsgebern gar nicht an; es kommt ihnen ausschließlich darauf an, die Arbeiter in jeder Weise Lohn- und sozialpolitisch zu drücken und zu entsetzen. Die Tarifverträge gemaltem zu beilegen und dann mit Hilfe der überaus miserablen Konjunktur die Arbeiterfrage so zu drücken, daß für sie Zustände entstehen, wie sie etwa zu Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Deutschland gang und gäbe waren. Aber die verpöppelten Innungskräuter haben ganz vergessen, daß bei solchen Maßnahmen auch die Arbeiterfrage ein Wort mitzureden hat. Und die deutsche Arbeiterfrage ist heute so weit vorgeschritten, daß sie es kraft ihrer Organisationskraft trotz der Ungunst der Krise vermöge, solche gemalten und unerschämten Anschläge auf ihre Existenz zurück zu machen. Stärkt eure Gewerkschaften! Laßt sie im Augenblick höchster Gefahr nicht im Stich! Das ist die Lehre für die Arbeiterfrage aus diesen verfluchten Anschlägen verpöppelter Innungsmeister!





# Unterhaltung und Wissen



## Edel sei der Mensch . . .

Edel ist eine Ableitung von „edel“. Unser Edelmann versteht der honeste Bürgermann in der Hauptsache die Nachfahren der mittelalterlichen Raubritter oder die Nachkommen des in der verfallenen Kaiserzeit äppelg ins Kraut geschossenen Finanzdeils. Da diese „abligen“ Zeitgenossen alle edel sind, mag hier nicht näher untersucht werden. Aber sie haben nun einmal das Idealprinzip in Erbpacht, und mancher „Edelmann“ schaut hochmütig herab auf die misera plebs, das gewöhnliche Arbeitsvolk, dem das Würdchen „von“ vor dem Namen fehlt. Die Annahme, auch Arbeiter könnten edel sein, stieße bei ihnen auf ungläubiges Kopfschütteln. Und doch finden wir oft beim Arbeiter einen Edelmann, der die Nachfahren alter Raubrittergeschlechter beschämen könnte. Darüber möchte ich etwas erzählen.

Wir arbeiteten an einer riesigen neuen Betonbrücke, die den dreifachen Fluß überqueren sollte. Alles war in emriger Eile. Während der Pausen gab es auch viel Unterhaltung. Dabei wurde auch politisiert, und die das am „besten“ konnten, das waren die Radikalen. Die beherrschten das Feld mit der großen Klappe. Viele von ihnen waren natürlich Volksgewissen, andere aber vom Tagesgeist durchtränkt. Die Tageserzählungen vom Erbfeind, während ihre Antipoden von dem Feind erzählten, das von Ausland aus der Welt gebracht werden solle. Alle aber pochten bei Vertretung ihrer Anschauung darauf, daß das Heil nur durch Waffengewalt erobert werden könne. Da plakte eines Tages in diesen Sirkel Fritz Sakrow. Er war zierlich gebaut und sah äußerlich kaum einem Arbeiter ähnlich. Eher möchte man denken, daß er ein Bürokrat war; denn seine Hände waren zart und glänzen mehr den Händen einer Frau. Und dieser Fritz Sakrow, ein Handwerker, offenbar auch sehr dabei seine Meinung. Die oftmals in der Baubude aufeinanderstößenden Gegensätze suchte er auszugleichen. Vor allem hatte er eine andere Vorstellung von völkerrächtlichen Dingen und Zusammen-

## Eines der vielen Opfer des Krieges und der Notverordnung.



**Kriegsbeschädigter E. St., Wismar**  
Dienstbeschädigung: Durch Gasvergiftung Nase, ein Ohr und ein Auge verloren, schwere Narben und Entstellungen des Gesichtes. Erwerbsminderung 70 v. H.  
Geboren 13. Oktober 1899, verheiratet, zwei Kinder, keine Arbeit, weil ihn wegen seines Aussehens niemand einstellen will. Renten kürzung nach der Notverordnung 10,2 v. H., d. h. von 86,85 auf 77,25 RM. monatlich. (Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitgeteilt.)

dort das schwarze Anschlagbrett. Soeben kommt Fritz Sakrow hinzu und findet seinen Namen auf der Liste der Entlassenen. Er weiß, daß er seine Entlassung Franz Driesen zu verdanken hat. Der hatte ihm ja erst kürzlich damit gedroht. Und nun sollte Fritz Sakrow das Feld räumen. Wegen seiner verhörenden Weltanschauung sollte er die Baustelle verlassen.

So kam der letzte Arbeitstag. Fritz mußte eine unbedingte nötige Nachschicht mitmachen. Diese Nacharbeit wurde verrichtet bei der Beleuchtung durch große elektrische Lampen.

Nach über dem Wasser hebt sich das gigantische Bauwerk ab von dem unruhig darunter dahinprudelnden breiten Strom. Die Arbeiter müssen aufpassen. Falls irgend etwas ihren Händen entgleitet, so verschlucken es die zischenden Wellen, die alles mit ungeheurer Kraft mit sich fortziehen, was sich ihnen in den Weg stellt. Besonders an den Strompfeilern schäumt das Wasser in weißen Kaminen auf und macht strudelartige Bewegungen. Unter solchen Umständen vergeht den Arbeitern die Luft, hastig zu arbeiten. Jeder ist befreit, einen sicheren und festen Halt hoch oben auf dem Bauwerk zu haben. Ein einziger Fehltritt würde genügen, um in die eifigen Fluten zu stürzen und ein nasses Grab zu finden. Folglich darf keine Vorhut außer acht gelassen werden.

An der gefährlichsten Stelle auf der Brücke möchte in dieser Nacht keiner gern arbeiten. Die Gefahr erscheint ihnen zu groß. Doch die Arbeit ist nötig. Mindestens drei Arbeiter müssen an die gefährlichste Stelle. Merkwürdigerweise war Fritz Sakrow der erste, der sich zu dieser Arbeit freiwillig meldete. Das hatte keiner er-

wartet. Man hatte ihn ja so oft einen Feigling genannt. Nun aber übertraf er an persönlicher Mut alle. Der Kraftmann Franz Driesen wollte sich aber durch Sakrow nicht beschämen lassen. Er nahm Hammer und Wasserwaage und folgte Fritz Sakrow an den gefährlichen Posten. Ein dritter folgte.

Mit lautem Widerhall klingen dumpfe Hammerschläge durch die Nacht. Die Scheinwerfer erleuchten alles taghell. Auf den schwarzen Wassern huschen die ins Kliefenblech vergrößerten Schatten der Menschen dahin.

Da geschieht plötzlich etwas Unerwartetes. Ein Krachen und Aufschreien ertönt; es fällt etwas in den Fluß. Und man hört im Wasser ein Krachen, als wenn Menschen mit den Wellen kämpfen. Einige Arbeiter haben gesehen, daß zwei hilflose Körper in das Wasser plumpften und mit ihnen einige Bretter. Dann war über dem Wasser alles still. Nichts kam wieder zum Vorschein. Der Strom zog wie ehedem seine unruhige Bahn . . .

Das alles war ein Werk weniger Sekunden. Aber dann sah man Fritz Sakrow. Schnell warf er Jacke und Hemd vom Körper. Und im nächsten Moment sprang er von der Brücke in den Strom.

Ja, das war Fritz Sakrow, der Kriegsdienstverweigerer. Ihm fehlte der Mut und die Tapferkeit, mit dem Schießsel ins Feld zu ziehen. Er war für Völkerverehrung. Hier warf er sich unbedenklich in die Flut, um Arbeitskameraden zu retten.

Doch die Fluten ausstuflos. Allerdings gelang es ihm, mit Schnelligkeit eine im Wasser liegende Bohle zu erreichen und auf ihr sitzend und rudern Strom zu schwimmen. Dort unten tauchten auch die ins Wasser Gefallenen wieder auf. Fritz Sakrow folgte ihnen. Aber die Strömung war stark. Die mit dem Wasser kämpfenden wurden immer weiter abgetrieben.

Und dennoch gelang es Fritz, die beiden zu erreichen. Er packte den einen der Ertrinkenden am Nackkragen und



... und findet seinen Namen auf der Liste der Entlassenen.

hängen. Stets umspulte ein feines Lächeln seinen Mund, wenn er die anderen bramarbasieren hörte und er dann seine eigene Anschauung offenbarte. Aber auch im Streit blieb sein Gesicht stets freundlich. Dabei nannte er den Krieg Massenmord und präs als oberstes Ideal den Gedanken des Weltfriedens.

Damit stieß er bei den Radikalen von rechts und links natürlich auf harten Widerstand. Die Tages nannten ihn einen Parteifreund und die Tages einen unwilligen Menschen. Und bald wandten sich Haß und Verger gegen Sakrow. Das machte ihn fräutig, aber sein Mut verließ ihn trotz alledem nicht. Er blieb bei seiner Anschauung. Und seine Ueberzeugung gab ihm immer wieder die Kraft, seinen Standpunkt lebhaft zu verteidigen. Auch dann, wenn man ihn einen Feigling schalt. Und immer hatte er für alle ein freundliches Lächeln übrig. Er bekräftigte seine Meinungsgegner nicht mit Troll oder Haß; immer wieder versuchte er, ihnen seine Meinung beizubringen. Und wenn ihm im Verlauf des Wortgefechts sogar größte Schimpereien und übelste Verleumdungen entgegenge-schleubert wurden, so suchte er immer wieder mit Worten und nicht etwa mit der Faust seine Gegner zu überwinden. Trotzdem hatte er einen schweren Stand. Oft drohte man ihm mit Schlägen; gewaltsam wollte man ihn zu einer anderen Auffassung zwingen. Aber Sakrow blieb fest und froste jeder Gefahr.

So kam denn, was kommen mußte. Es gelang den radikalen Stärkern, fast die gesamte Belegschaft gegen Fritz Sakrow aufzustacheln. Zunächst versuchte man es mit allerlei kleinlichen Schikanen. Dabei tat sich vor allem Franz Driesen, der als Kraftmann bekannt war, hervor. Immer wieder sprach er beleidigend und herausfordernd auf Sakrow ein, und erklärte immer wieder dessen Ansichten als blödsinnig und überflüssig. Franz Driesen war zugleich auch der Sohn des Politers; dadurch hatte er einen gewissen Einfluß. Und da man überlegen gekommen war, Sakrow von der Baustelle zu verdrängen, so machte Franz Driesen eines Tages seinem Vater den Vorschlag, Fritz Sakrow wegen „Arbeitsmangel“ zu entlassen.

Das mer Mittwoch, kurz nach Feierabend. Eine große Anzahl von Arbeitern steht an der Baubude und betrachtet



Beide waren tot. Der Strom hatte sie ans Ufer getrieben.

zog ihn zu sich auf die Bohle. Schnell brachte er ihn an sichere Land. Aber nun sollte auch noch der zweite gerettet werden. Unbekümmert stürzte sich Fritz Sakrow von neuem mit seiner Bohle in die Fluten. Ach, den er da nunmehr zu retten versuchte, das war Franz Driesen, dem er seine Entlassung zu verdanken hatte. Danach fragte Fritz Sakrow aber nicht. Erneut ging es um Leben und Tod. Die Dunkelheit verschlang diesen weiteren Kampf der Menschen mit dem nassen Element. Keinen von beiden sah man in dieser Nacht wieder.

Um andern Morgen suchte man den Fluß ab. Man fand zwei Menschen fest aneinander geklemmt im kalten Wasser am Ufer. Beide waren tot. Der Strom hatte sie ans Ufer getrieben. In der Todesangst hatte Franz Driesen jedenfalls seinen Refter zu stark umklammert und dadurch die Rettung beider unmöglich gemacht . . .

Auf Fritz Sakrows Gesicht lag ein feines, zartes Lächeln. Jenes Lächeln, das man früher so oft an ihm beobachtet konnte. Er hatte sich ausgepowert. Er hatte seinen grimmigsten Feind an dieser Baustelle zu retten versucht. In letzter Stunde zeigte er seinen edlen Charakter. Die Verehrung, die nunmehr die an der Baustelle Verbliebenen dem Toten zollten, erreichte ihn nicht mehr. Fritz Sakrow war tot. Ein wahrhaft edler Mensch war mit ihm dahingegangen.

Rich Wenzel, Redaktionschef.

## Unseren Abgeordneten!

(Zum Zusammentritt des Reichstages.)

Wir grüßen euch, die ihr durch das Vertrauen Der Proletarier Volksvertreter seid!  
Ihr wißt, daß unsre Augen auf euch schauen,  
Wißt, wie uns drückt die Arbeitslosigkeit!

Spruchwörtlich ist der Fleiß der deutschen Massen,  
Die heute von der Arbeit ferngehalten;  
Es blieb den Notverordnern überlassen,  
Die Not noch fürchterlicher zu gestalten!

Einmal galt das Wort: „Nur Arbeit kann uns retten!“  
Hat diesen Wahlanspruch man total vergessen?  
Heut läßt veröden man der Arbeit Stätten,  
Glaubt man, zu sichern so des Volks Interessen?

Laßt auch ein Ministerstuhl rauhen!  
Der Helferwille sei es, der euch eint  
Zum Kampfe gegen Interessentenhaufen!  
Wer abseits steht, der ist der Arbeit Feind!

Wir fordern: Laßt Prinzipienreitereien!  
An euch liegt's, ob wir weiter euch vertrauen!  
Die Not bekämpft man nicht mit Streitereien —  
Es gilt der Arbeit Feld neu zu bebauen!

Schnaft Arbeit! Dies die Forderung der Stunde,  
Vielleicht der letzten, ehe alles bricht!  
Der Arbeit Massen gehen vor die Hunde —  
Dies abzuvenden sei euch höchste Pflicht!

Max Vollmann.

## Vereinfachter Offenbarungseid.

Gekanntlich darf die Lösung der Soldaten nicht gepfändet werden, auch nicht für Alimente. Noch bekanntlicher sind aber unsere Soldaten gerade auf jenem Gebiet des menschlichen Lebens sehr beliebt, auf dem es nicht immer ohne Alimente abgeht. Die Folge sind Unterhaltungsprozesse, die regelmäßig — der Jurist sagt „formulärmäßig“ — mit einem Offenbarungseid des braven Reichswehrmannes enden.

Im Rahmen der Bestrebungen zur Geschäftsvereinfachung und Entlastung der Gerichte soll man sich deshalb im Reichsbuchhandelsministerium mit dem Gedanken tragen, bei Rettung des Fahnenreißes gleich den Offenbarungseid mit-schweren zu lassen.

# Streiks u. Bahnbewegungen

**Mauer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** In Großenhain stehen die Kollegen wegen willkürlicher Lohnherabsetzung durch unorganisierte Unternehmer im Streik. Gesperrt sind: das Zementwerk von August Grub, Baustelle Dynamitfabrik bei Westphal, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; der Umbau der Expeditionsfirma Röhbert in Jhehoe; wegen Nichtzahlung des Tariflohnes die Regiearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Jhehoe).

**Jolliczer:** Gesperrt ist die Jolliczerfirma Ritter, Kiel, Sagenstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

**Leifergereißbauer:** Gesperrt sind wegen Lohnrückfragen in Essen die Leifergereißbau-Firmen Albert Triebel, August Feldbusch, Hermann Luffkau und Widder, genannt Nordheim.

**Töpfer:** Gesperrt sind: In Crimmitschau die Firma Heizinger, in Halle/S. Wilhelm Erbst, in Hohenstein-Crinitzthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönicke und Böhm. In Königsberg streiken die Ofenseher.

# Aus der Sozialgesetzgebung

## Schwerbeschädigte und Entlassungsschutz.

Eine Tiefbaufirma mußte nach den Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes einen Schwerbeschädigten beschäftigen. Am 17. November 1930 wurden die Bauarbeiten durch Hochwasser gestört und vorübergehend eingestellt. Der Schwerbeschädigte mußte ebenfalls einige Tage ausfallen. Nach einigen Tagen wurde der Betrieb mit verringerter Belegschaft wieder aufgenommen, ohne daß der Schwerbeschädigte der wiederholte seine Einstellung forderte. Der Arbeitgeber wurde erst am 24. März 1931, nach Erreichung einer Arbeiterzahl von 70, glaubte die Firma verpflichtet zu sein, den Schwerbeschädigten wieder zu beschäftigen, weil schon ein Schwerbeschädigter im Betriebe vorhanden war. Außerdem sollte die Firma einseitig den mit der Fürsorgestelle vereinbarten Lohn von 1,10 M auf 88 % herab. — Der Schwerbeschädigte, vertreten durch unseren Bund, klagte deshalb am Arbeitsgericht, das die Herabsetzung des Lohnes für ungesetzlich erklärte und die Firma zur Rückzahlung verurteilte. Trotzdem das Arbeitsgericht dadurch festgestellt hatte, daß der Arbeitsvertrag zwischen den Parteien rechtlich nicht gelöst sei, wurde der weitergehende Antrag des Klägers, auf Bezahlung der verfallenen Zeit vom 17. November bis 24. März abzugeben. Interessant ist die Begründung des Urteils. Es heißt in ihr u. a.: „Es würde gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoßen, wenn der Kläger unter den obwaltenden Umständen den vollen Lohn verlange, obwohl er während der Zeit gezeigert habe und Arbeitslosenunterstützung bezogen habe. Wie schon erwähnt, will das Gesetz den Schwerbeschädigten Arbeit verschaffen, nicht eine Rente auf Kosten der Privatwirtschaft, für die sie keine Gegenleistung erbringt.“ — Wir wollen dieser sonderbaren Begründung nichts hinzufügen, denn sie spricht in Verkennung der Tatsache genügend für sich selbst. Bemerken müssen wir nur noch, daß die bezogene Arbeitslosenunterstützung in solchen Fällen stets vom Arbeitsamt zurückverlangt und auch vom Kläger in dieser Voraussetzung vom Streikwert abgezogen war. — Das Landesarbeitsgericht Hannover korrigierte am 1. September das unzulässige Urteil des Arbeitsgerichts und sprach dem Kläger die volle Entschädigungssumme von 333,85 M zu. Außerdem den Kosten muß nun die Firma auch noch die erhaltene Arbeitslosenunterstützung des Klägers von 323,85 M an das Arbeitsamt zurückzahlen. Für den Verurteilten wird es eine Lehre sein, künftig den gesetzlichen Bestimmungen mehr Rechnung zu tragen. Für die Arbeiterchaft aber ist es wiederum ein Beweis für die Notwendigkeit, den Einsatz der freien Gewerkschaften zu stärken, damit das Arbeitsrecht immer weitere Ausgestaltung erfährt.

# Aus den Bezirksverbänden

**Bezirksverband Breslau.** In der Erwiderung der christlichen „Baugewerkschaft“ in Nr. 28, auf unseren Aufruf in Nr. 37 des „Grundstein“, antworten wir: Der Artikel-Schreiber — der wohl nicht in Frankenstein, sondern in Breslau zu suchen ist — schreibt, daß bei den Bauten der Firma E. ein Drittel fremdgewerkschaftlich Organisierte und zwei Drittel christlich Organisierte beschäftigt wurden; bei der anderen Firma sei das Verhältnis noch günstiger. Das ist eine bewußte Entstellung. Wäre es so gewesen, dann hätten wir nicht nötig gehabt, uns gegen die Methoden des christlichen Verbandes zu wenden. Erst durch unser sehr energiegeliches Eingreifen bei den Behörden ist der unzulässige Zustand abgeklirrt worden. — Die „Baugewerkschaft“ schreibt weiter: In den 2000 Wohnungen, die von der Demogon finanziert und von den Bauhilfs- ausgeführt wurden, sei kein einziger christlicher Beschäftigter gewesen. Auch dies trifft nicht zu. Uns ist bekannt, daß die Bauhilfs für Ober-schlesien christlich organisierte Bauarbeiter beschäftigt hat. Auch anderswo ist dies der Fall. In diesem Zusammenhang ist aber die christliche Produktivgenossenschaft Neustadt zu erwähnen, sowie die Sieblung Neukirch-Breslau, wo man so weit geht, daß man unseren Mitgliedern einfach die Mitgliedsbücher fortnimmt. Dasselbe ist auch im Jahr 1929 in Glatz vorgekommen. Der christliche Verband darf doch nicht glauben, wir seien ruhig zu, wenn unsere Mitglieder schikanieren werden, um sie aus der Arbeit zu verdrängen. Zu den Bemerkungen der W.R. Reichensbach und Breslau haben wir zu erwidern: Im Bauvertrag der W.R. Reichensbach, der unserem Gemütszustand vorgelegt hat, war keine Bestimmung enthalten, wonach christlich Organisierte nicht angestellt werden dürfen. — Bei den Friesenarbeiten am Bau der W.R. Breslau, waren auch christliche Friesenleger beschäftigt. Die christlichen Friesenleger mußten aber entlassen werden, weil sie, nachdem sie acht Stunden am Bau

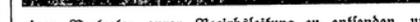
der W.R. gearbeitet hatten, zum „Generalstreik“ gingen und dort tüchtig weiterarbeiteten. — Die christliche „Baugewerkschaft“ empfindet die Bemerkungen über den Reichs-arbeitsminister „geschmacklos“. Daß die Vertreter des christlichen Verbandes keinen so feinen Geschmack haben, wenn ein Sozialdemokrat Arbeitsminister ist, zeigt das Rundschreiben des Bezirksleiters für Schlesien vom 23. August 1929. Dieses Rundschreiben, das an alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute erging, befaßte sich mit den Abänderungsvorschlägen des Reichsarbeitsministers Wißell. Die Vorschläge Wißells waren aber verglichen mit dem, was der derzeitige Reichsarbeitsminister gegen die Arbeiterchaft verordnet hat, ein Unterliegendes wie Tag und Nacht. — Der „Schlesische Wanderer“ Nr. 220 vom 19. und 20. September beschäftigt sich mit der Einstellung der christlichen Organisation in der Frage des Arbeitsdienstes. Jeder Arbeitsfreiwillige soll Mitglied eines katholischen Vereins sein, andernfalls er für diese Arbeiten nicht herangezogen wird. Auch in dieser Frage sind also gleichartige Bestrebungen vorhanden.

**Bezirksverband Königsberg.** (Siehe oben ein...) Die Stallparole, SPD- und Gewerkschaftsführer in kommunalpolitischen Versammlungen zu locken und sie nach leninistischem Muster herunterzubrühen, will nun auch der „Einzelverband für das Baugewerbe“ verwickeln. Darum erließen in diesen Tagen die Bezirksleitungen der freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverbände „Einladungsschreiben“ zugelandt. Ein solches „Einladungsschreiben“ an unsere Bezirksleitung hat folgenden Inhalt: „Werte Kollegen! Am Dienstag, dem 29. September 1931, um 7 Uhr abends, haben wir eine Kundgebung der Königsberger Bauarbeiterchaft einberufen. Die Tagesordnung lautet: Der W.D.B.-Konferenz und der erste Verbandstag der revolutionären Bauarbeiter am 4. Oktober 1931. Wir ersuchen euch, zu dieser Kundgebung



# Sicherheit . . .

*Mit Staunen folgt ein P. T. Publikum:  
Der Wirtschaftsführer Kuntz war höchste Phrasen!  
Sie fühlten sich und uns im Keels herum  
Und zwar an der gefährlichen langen Nase.  
Es tracht schon morgen mancher zu den „Lumpen,  
die gar nichts haben!“ Hüetet ihr die Mär?  
Die Bank von England selbst versucht zu pumpen!  
Symbol der Sicherheit war diese Bank.  
Des Pfundes Sinken ging ihr an die Nieren.  
Vielleicht folgt über Nacht dem Pfund der Frank!  
Es hebst sich fähbar auch in Wertpapieren.  
Und jeder, der sein Geld ins Ausland bracht,  
Kriegt Einsehaut, denkt er an sein Vermögen.  
Fuch here Max Pallenberg zieht in Betracht,  
Sein Geld in Reichsmark künftig anzulegen.  
Das ganze Schiebepopul padt kalter Graul  
Ist sjaue zu mit höchsthem Gekicher,  
Als wärms Luder bin ich fein heraus:  
Ich habe nicht! Jedoch — ich hab' es sicher!  
Max Vollmann.*



einen Vertreter eurer Bezirksleitung zu entsenden, um der Königsberger Bauarbeiterchaft Klarheit zu geben über die Ziele des W.D.B.-Konferenzen. Wir sichern den gleichreferenten des Deutschen Baugewerksbundes die gleiche Redezeit zu wie dem Vertreter des W.D.B. Wir geloben als disziplinierte Arbeiter, den Korreferenten ohne Unterbrechung anzuhören und sind gewillt, die Einheitsfront mit der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter herzustellen, um die Lohnabbaupolitik der Unternehmer zu bewähigen und endgültig zu unterdrücken. Mit revolutionärem Gruß, Bezirksleitung des W.D.B. Bezirk Ostpreußen, Königsberg, Dr. Simon-Dach-Str. 17 (Stempel). Dies die „Einladung“. Vereinigungen, deren Bonzen zu spät oder zu früh sind, ihren Namen lesbar unter ein Schriftstück zu setzen, das Fremden zugehen soll, muß man als minderwertig abtun. Was diese Revolutionarinnen über den 4. Kongress des W.D.B. wissen, hat ihnen ihre Presse in verdrehter Form zur Kenntnis gebracht. Zwei ihrer Soloschreiber waren auf dem Kongress vertreten. Soweit aber die Zeitungen nach der Wahrheit über den W.D.B.-Kongress lügen, stehen ihnen unsere gemerkchaftlichen Zeitungen zur Verfügung. Die Königsberger Bauarbeiterchaft ist über den W.D.B.-Kongress und seine Ziele im Bilde. Im übrigen sieht man dem Korreferenten die gleiche Redezeit zu, verweigert aber dabei mit leninistischer Verlogenheit die Zustimmung der Redezeit. Darüber liegt auch keine Garantie vor, wenn „gelobt“ wird (ganz Konfirmationsstil) als disziplinierte (?) den Korreferenten „ohne Unterbrechung“ anzuhören. Und der „Wille“, die „Einheitsfront“ mit den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter herzustellen, findet seine beste Widerlegung durch die Entlassung der SPD ihrer „W.D.B.“ und der „Einheitsverbände“. Vor allem findet man W.D.B.-Männer als Lohnräuber, Unternehmenszerstörer, Ständekämpfer, Verleumder und Märchenzähler an fast allen Arbeitsstellen. Sind sie arbeitslos, dann „bearbeiten“ sie auf den Stempelstellen Andersdenkende nach leninistischem Ruffe oder sie bringen in „Schlagender Weise“ die Einheitsfrontbroschüre an den Mann. Dagegen schüßen sich freigewerkschaftliche Arbeiter am besten, wenn sie der SPD und ihren Trabantorganisationen mißtrauen aus dem Wege gehen. Sie sind für den SPD- und W.D.B.-Rummel zu schade und hätten sich, solche in Demagogie und Verdrummung festgefahrener Veranstaltungen interessant zu machen. Laßt uns gefälligst in Ruh. Weibet uns unterhalten wie die Welt; uns ist das eine Wohlfa. Ihr habt Freunde, nämlich jene sozialdemokratische Gesellschaft, mit der ihr am 1. August Preußen stärken wolltet. Die paßt zu euch wie die Faust auf's Auge. Mit der macht in „Einheitsfront“, soviel ihr wollt. Zwischen uns und euch ist ein Spalt, den ihr als Vertreter an unserer jahrzehntelangen bewährten sozialistischen Arbeiterbewegung geschlossen habt. Eine Einheitsfront gibt es nur auf dem Boden der SPD und der freien Gewerkschaften!

# Aus den Baugewerkschaften

**Koblenz.** (Schwerste Strafe demjenigen, welcher . . .) Am 15. Juni trafen zufällig einige Arbeiter in Neuwied den Ofenseher P. Frenkel aus Köln, der in der Ofenfabrik des Brüderpaares als Streikbrecher arbeitete. Ein Streikender erluchte P. Frenkel, von seinem unkollegialen P. Frenkel sich den Kollegen in roher Weise beiseite und griff in die Tasche. Fühlich wurde gerufen: „Er schließt.“ Sofort sprangen einige Arbeiter herbei, um P. Frenkel die Waffe abzunehmen, um weiteres Unheil zu vermeiden. Nach längerem Ringen wurde dem P. Frenkel ein Löffel abgenommen. Daß auch er bei dem Ringen etwas abbekam, ist erklärlich. — Wegen der Arbeiter, darunter drei streikende Ofenseher, wurde deshalb ein Verfahren wegen gemeinsamer Körperverletzung eingeleitet. Vom Amtsgericht wurde jeder zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des Urteils wurde Berufung eingelegt. Am 25. September beschäftigte sich das Berufungsgericht mit der Sache, das zweite Angeklagte wiederum zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, der dritte Angeklagte erhielt 100 M und der vierte 50 M Geldstrafe. — In einem zweiten Falle wurde ein streikender Ofenseher zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil er den Streikbrecher Heine mißhandelt haben soll. Das Berufungsgericht lehnte ab, ohne Entlassungsgewährung zu ernennen und verwarf die Berufung. Solche Urteile erinnern an die Zeit vor 30 und 40 Jahren, wo es hieß: „Schwerste Strafe demjenigen, der andere zu freiwilliger Arbeit hindert.“ — Eigentümlich ist es, daß nationalsozialistische Prügelhelmen meistens gelindere Richter finden. Diese beiden Urteile sind fehlerfrei.

**Koblenz.** (Uebst 1. 10. 20. 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100.) Vor dem Neuwieder Schöffengericht hatten sich die Hönninger „Eck-Kommunisten“ Hoffmann und Gierling wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Unter Kollege M e n d e war in Hönningen in einer Ortsaußerschüßung gewesen und begab sich am Schluß der Sitzung zum Bahnhof, um wieder nach Koblenz zu fahren. Die beiden Angeklagten verfolgten Mende, fielen kurz vor dem Bahnhof über ihn her, schlugen auf ihn ein und mißhandelten ihn auf die brutalste Weise. Vor Gericht suchte der Angeklagte Hoffmann, sonst einer der mächtigsten KPD-Schreier, die Sache so darzustellen, als sei er von Mende angefallen und geschlagen worden. Die Zeugen bewiesen dem Prokurator aber das Gegenteil. Sie sagten durchweg aus, daß die beiden Angeklagten Mende gefolgt seien und wiederholt während seiner langen Rede geschäftlich Körperverletzung und hinterlistigen Leberfall je 3 Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich dem Antrag des Staatsanwalts an. — So haben diese „rauben Kämpfer“ der großen Verbündeten Zählmann und Siller ihre verdiente Strafe erhalten.

**Landshut in Bayern.** (A n d r e a s D o r w e t.) Unser Geschäftsführer Kollege Andreas Dorweg ist nicht mehr. Nach anderthalb Jahren Krankheitsmacht machte ein Schlaganfall seiner Tätigkeit ein allzu frühes Ende. Am 26. September wurde unser Freund Andert der Erde übergeben. Hans Dallmayer widmete ihm einen Nachruf, in dem er die Tätigkeit des Verstorbenen während seiner langen Berufstätigkeit als Geschäftsführer von 30 Jahren himmelte. Ein Kranz trug als Inbegriff den letzten Gruß: „Vergessen werden wir dich nie!“ — Für die SPD und das Reichsbanner widmeten Hölz und Schweikert dem Verstorbenen glänzende Nachrufe. Eine Ehrung, die Hochachtung verdient!

**Würzburg.** In unserer Mitgliederversammlung am 30. August gab Kollege Wagner ein auffällendes Bild über die im 2. Vierteljahr geleisteten Voll- und Verwaltungsbeträge. Erstere erreichten statt 10 und 11 wie in früheren Jahren, nur 4,3 je Mitglied; dagegen die Verwaltungs- und Freimarcken 7,7 als Durchschnittsleistung. Das Guthaben der Bauhilfs betrug 327,18 M, der Bestand der Lokalkasse 300,55 M. In Unterfranken wurden 6883,20 M ausgezahlt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Im April mußten wir zur Abwehr eines Lohnabbaus für Tiefbauarbeiter einen vierwöchigen Kampf führen. Der Erfolg war zwar nicht ganz auf unserer Seite; immerhin wurden für etwa 50 % unserer Tiefbauarbeiter der bisherige Bauhilfsarbeiterlohn gestiftet. Im übrigen sank die Erwerbslosigkeit unter unseren Mitgliedern selbst in den Sommermonaten nie unter 65%. Da die Stauffels Erclarung als Notstandsarbeit durchgeführt wird, gelang es uns nicht, beruflich und fachkundige Bauarbeiter unterzubringen. Das Verfallungsgeschehen war ziemlich reger. Der Versuch in den ländlichen Gattstellen war auf, in den städtischen Gattstellen dagegen meistens schlecht. Durch den Anschluß des Dachdeckerverbandes kamen 51 Dachdecker zu uns. Diese Gruppe ist zur Zeit noch verhältnismäßig gut beschäftigt. — Neun bereits begonnene Bauten wurden durch den Finanzkrach stillgelegt. Ueber die geänderten Unterfränkungsbestimmungen in der Bundesgesetzgebung berichtete ebenfalls Wagner. In der Ausgabe wurden diese Beschlüsse zwar allgemein kritisch besprochen und darüber geklagt, daß von den Auswirkungen fast nur die alten, langjährigen Kollegen betroffen werden; aber es zeigte sich auch Verständnis dafür, daß bei einer Einnahme von etwa ein Viertel der Summe von früher die bisherigen Vollfälle in der Unterfrankung nicht mehr gezahlt werden können. Einige angebl. Rabiate, die nicht den Mut finden, bei uns ihren Abschied zu nehmen, um sich endlich 100prozentig ihrer „W.D.“ zu widmen, versuchen vergebens aus diesen Maßnahmen des Bundes Kapital zu schlagen. Die sind auch gerade dazu berufen! Trauen sie sich doch bis heute nicht von ihren „Mitgliedern“ — aus Angst, daß sie fortlaufend wöchentlich auch nur ganze 10 % Beitrag zu verlangen — da sie doch irgendeinen Vorteil oder Zentralbonze restlos (ohne Gegenleistung an das Mitglied) verbräuf.

# Aus den Fachgruppen

**Töpfer und Friesenleger.**  
Ofenseher! Vom Verband der Arbeiter für das Töpfer- und Ofengewerbe Deutschlands ist der seit dem Jahre 1924 bestehende und für allgemeinverbindlich erklärte Friesenvertrag für das Ofengewerbe Deutschlands zum 1. Januar 1932 gekündigt worden.

**Achtung, Ofenformler!** Der Verband Deutscher Kachelofenfabrikanten hat die Tarife für die Bezirke I, III und IV (Rheinland- und Altkohlebezirk) zum 31. Dezember 1931 gekündigt. Die Tarifänderungsvorschläge für beide Bezirke wurden uns gleichfalls überreicht, ihr Inhalt bedeutet wiederum eine große Verschlechterung gegenüber dem zurzeit bestehenden. — Durch die Tarifänderungen werden den Fachgruppen der Ofenformler die Tarifänderungsvorschläge des Kachelofenfabrikantenverbandes zugestuft werden. Die Kollegen müssen nun Stellung dazu nehmen und ihre Meinung und Wünsche den Bezirksfachgruppen mitteilen. Nach Zusammenstellung des Materials wird dann dem Ofenfabrikantenverband ein Gegenentwurf unterbreitet werden. Da die Verhandlungen spätestens Ende Oktober beginnen sollen, werden die Kollegen gebeten, sofort mit der Ausarbeitung ihrer Vorschläge zu beginnen und diese rechtzeitig einzuwenden.

**Kiel.** Durch ein freies Schiedsgericht wurde der Tarifstreit im hiesigen Zigaretten- und Pfeifenfabrikationsgewerbe durch folgenden Schiedsspruch, der von beiden Parteien angenommen wurde, beigelegt: 1. Der Stundenlohn wird vom 24. September 1931 an auf 1,80 M herabgesetzt. 2. Die bisherigen Altkohlebezüge werden um 12 1/2 % vermindert. 3. Die Auslösung wird auf 4,50 M für den Tag festgelegt. 4. § 8 Abs. 3 des Tarifvertrages erhält folgende Fassung: Die im Altkohlebezirk hergestellten Arbeiten sind im Altkohlebezirk auszuführen, es sei denn, daß der Arbeitgeber vor Beginn der Arbeit mit den Arbeitern eines Betriebes Ausführungen im Stundenlohn vereinbart. 5. Der Vertrag gilt bis zum 2. März 1932.

**Königsberg.** Der Streik der Ofenseher in Königsberg ist nun fast ohne Zwischenfälle beendet. Die Ofenseher sind nunmehr wieder in den Betrieb zurückgekehrt. Die Tariffrage ist nunmehr durch einen Schiedsgerichtsspruch beigelegt worden. Die Ofenseher sind nunmehr wieder in den Betrieb zurückgekehrt. Die Tariffrage ist nunmehr durch einen Schiedsgerichtsspruch beigelegt worden. Die Ofenseher sind nunmehr wieder in den Betrieb zurückgekehrt. Die Tariffrage ist nunmehr durch einen Schiedsgerichtsspruch beigelegt worden.

**Freiberg.** Die bei den Erneuerungsbauarbeiten am Dom zu Freiberg seit aus dem Materialaufzug ein schwerer Stein, der unseren Kollegen Goldberg, Bauhilfsarbeiter, erschlug und einen zweiten Kollegen namens Westphalen in den Beinen schwer verletzte. Goldberg war Schwerkrankenbeschäftigter. Warum stellt man an einen gänzlich ungeschulten Aufzug einen untertariflich bezahlten Kriegsbeschäftigten? Diese gefährliche Arbeit konnte nur von einem völlig gesunden Arbeiter verrichtet werden. Der fähigste Verunglückte hinterläßt vier unermäglich kleine Kinder. Jeder glaubt die bei der Firma beschäftigten Kollegen, auf eine Vertretung verzichten zu können. Als vor längerer Zeit derselbe Unternehmer das Kaffeehausrestaurant umbaute, mußten die Beschäftigten ihre Pausen in den Abortanlagen verbringen. Erst öffentliche Kritik in der Arbeiterpresse bewirkte, daß ein anderer Unterkunftsraum geschaffen wurde.

### Die junge Generation und ihre Mitarbeit.

Jungvolk! An die Front! So wird oft gerufen. Der Erfolg ist für die junge Generation in unserer Bewegung nicht immer schmeichelhaft. Meistens waren keine jungen Mitarbeiter da, die sich, getragen vom Verantwortungsbewußtsein, der Bewegung widmeten. Schließlich machten es eben doch wieder die „Alten“, die der Bewegung schon Jahrzehnte die Treue halten. Darum soll in der „Bundestrübende“ des „Grundstein“ einer Ansprache über die Mitarbeit der jungen Kräfte Raum gegeben werden. Es soll über die Fähigkeiten der Jugend zur Mitarbeit, über ihre Vorbildung, ihre Eigenschaften und ihre Eignung geredet werden. Nicht die jungen Kollegen sollten das Wort ergreifen, sondern die älteren. Es soll kritisch beleuchtet werden, warum die junge Generation in ihrer Mitarbeit — so wie es die ältere Generation sieht — nicht genügend mitwirkt. Heran zur Kritik! Grundsätzlich! Aber sachlich! Nicht Kleinlichkeit soll die Feder führen, sondern ernste Kritik, ernste Mahnung, damit Wege aufgezeigt werden, auf denen in stärkerer Weise als bisher tüchtige Mitarbeiter aus der jungen Generation herangezogen werden. — Letzter Tag der Einsendung: 15. Oktober.

Kennen, Später stellt sich dann heraus, daß sie durch einen Strohmann eingeführt wurden, oder daß Unterhaltungsarbeiten die Arbeit auf eigene Rechnung ausführen. Als Folgeerscheinung steht in fast allen diesen Fällen Lohndruck an. Kommt es zu einer Auseinandersetzung wegen der Lohnzahlung, so ist die eigentliche Firma, die den Bau übernommen hat, nicht zu finden, und der Strohmann hat keinerlei pflichtgemäßes Verhalten. Die Selbständigen sind dann die klagenden Bauarbeiter. Ist aber der Name der bauausführenden Firma angegeben, so können sich die dort beschäftigten Kollegen vor Schaden schützen. Wir empfehlen den Bauarbeiterkommissionen die angeführte Vorchrift zur ganz besonderen Beachtung!

**Freiberg, Sa.** Bei den Erneuerungsbauarbeiten am Dom zu Freiberg fiel aus dem Materialaufzug ein schwerer Stein, der unseren Kollegen Goldberg, Bauhilfsarbeiter, erschlug und einen zweiten Kollegen namens Westphalen in den Beinen schwer verletzte. Goldberg war Schwerkrankenbeschäftigter. Warum stellt man an einen gänzlich ungeschulten Aufzug einen untertariflich bezahlten Kriegsbeschäftigten? Diese gefährliche Arbeit konnte nur von einem völlig gesunden Arbeiter verrichtet werden. Der fähigste Verunglückte hinterläßt vier unermäglich kleine Kinder. Jeder glaubt die bei der Firma beschäftigten Kollegen, auf eine Vertretung verzichten zu können. Als vor längerer Zeit derselbe Unternehmer das Kaffeehausrestaurant umbaute, mußten die Beschäftigten ihre Pausen in den Abortanlagen verbringen. Erst öffentliche Kritik in der Arbeiterpresse bewirkte, daß ein anderer Unterkunftsraum geschaffen wurde.

### Politische Zeitnotizen

Der französische Staatsmännerbund. Der Besuch Lavals und Briands in Berlin, dem mancher mit großer Beforgnis entgegenah, ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Das Ergebnis des Besuchs ist eine große Wirtschaftskommission, an der neben Ministerial- und Wirtschaftsvertretern auch Gewerkschaftsvertreter beteiligt werden sollen. Die Kommission wird geleitet werden von Mitgliedern beider Regierungen; außerdem soll ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat errichtet werden. Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Völker betreffenden Wirtschaftspragen zu prüfen, ohne damit die Interessen anderer Länder und die notwendige internationale Zusammenarbeit aus den Augen zu verlieren. Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu verstärken und auszubauen. Sie soll ferner den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, die sie seit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gemachten Erfahrungen festzuhalten suchen. — In der amtlichen Mitteilung heißt es: Die Vertreter der beiden Länder lehnen es ab, die Stellung der der Kommission zugewiesenen Fragen etwa in gemeinsamem Vorgehen auf dem Gebiete von Zollerschörungen zu suchen. Die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung sind überzeugt, daß sie den Grundstein zu einem Werk des Aufbaues legen. Dies Werk soll der erste Schritt zu einer Gemeinschaftsarbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist und an der mitzuarbeiten alle berufen sind.

Nie wieder Inflation! Anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sagte Reichsbankpräsident Dr. Luffner in feierlichen Worten alle inflationistischen Bestrebungen ab. „Kein Volk wie das deutsche“, sagte er, „darf sich durch die Furcht vor Inflation über sich ergehen lassen, wenn in seltenen Fällen Unsicherheit und Angst wieder dem Vertrauen auf den Bestand von Spargermögenswerten und Rücklagen ein Stoß versetzt werden würde. Die Regierung wird im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Wahrung in ihrem Besitze zu sichern.“ — Preußens Innenminister Severing kennzeichnete die Gerüchte, daß die Sparguthaben beschlagnahmt werden als politische Brummenverfälschung allerhöchster Art. „Die 18 Millionen Sparer, die durch Spareinlagen dem deutschen Staate ein so gewaltiges Vertrauensbekennnis abgelegt haben, sind auch als Zeugen für den Willen

des deutschen Volkes zu werten, allen Risiken und Schmelzgefahren zum Trotz den Weg ins Freie haben zu helfen. Wer in dieser Zeit das Vertrauen der Sparer in die Sparkassen untergräbt, schlägt der Wirtschaft neue Wunden und vermehrt damit die Not der Arbeitslosigkeit und des Hungers. Das Geld im Strampfe ist Überflus an der deutschen Wirtschaft, der selbst zum völligen Wüstensland führen kann. Darum werden wir den Panikmächern schwer auf die Finger und auf den Mund sehen.“ — Reichsbankpräsident Luffner sagte: „Feste Wahrung ist die Voraussetzung für unser tägliches Brot. Die Bindung der Wahrung an das Gold bietet auch einen Schutz für die menschlichen Mängel und menschlichen Schwächen.“

Der Reichstag hat seine Arbeiten aufgenommen. Die Reichstagsausschüsse waren bereits in der vorigen Woche zusammengetreten. Der Wohnungsausschuß beschäftigte sich mit Anfragen der Sozialdemokraten, der Unterausschuß des Haushaltsauschusses mit der von der Reichsregierung beschlossenen Verlängerung des laufenden Haushaltsjahres um drei Monate, der Beamtenauschuß nahm zu den Beschwerden über die Gehaltsrückzahlung Stellung. — Am 13. Oktober wird das Plenum des Reichstags zusammenzutreten. Er nimmt zunächst eine Erklärung der Reichsregierung entgegen, die sich mit den erlassenen Anordnungen seit der letzten Reichstagsitzung beschäftigt. Mit der Beratung dieser Erklärungen werden die Beratung von Anfragen und Interpellationen verbunden sein, die von den Parteien zur Politik der Reichsregierung eingehend werden. So daß die Beschäftigung des Reichstages eine große politische Debatte bringen wird. Die Reichsregierung plant nicht, dem Reichstag sofort Gesetzesvorlagen zu unterbreiten. Das hängt von der Arbeitswilligkeit des Reichstages ab. Gegen die radikalen Parteien den Arbeiten des Reichstages große Schwierigkeiten entgegen, dann wird der Reichstag bald wieder heimgeführt werden.

Brandstifter aus der SPD ausgeschlossen. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat die Abgeordneten Sedewitz und Rosenfeld aus der Partei ausgeschlossen. Sedewitz und Rosenfeld haben sich geweigert, dem Beschlusse des Parteiausschusses vom 22. September nachzukommen, über ihre Zellen- und Spalierfähigkeit als Gesellschafter der „Freien Verlagsgesellschaft“, die die Wodenzung „Die Fackel“ herausgibt, einzustufen. In dem Bescheide der Freien Verlagsgesellschaft steht der Parteiausschuss den Angelegenheiten der Parteiführung, die nach dem Beschlusse des Parteiausschusses vom 22. September 1925 unzulässig ist. Nur wegen dieser Sonderorganisationsbestrebungen, nicht aber wegen ihrer kritischen Haltung zur politischen Tätigkeit der Sozialdemokratie wurden Rosenfeld und Sedewitz ausgeschlossen. Sedewitz ist beispielsweise als Chefredakteur des „Zwickauer Volksblattes“ nie gehindert worden, dort seine von der Parteimehrheit abweichende Anschauung zu vertreten. — Der Bezirksvorstand Niederschlesien hat den Vereinsvorstand der Breslauer SPD, seines Amtes entsetzt, weil er den Parteien unternehm, die Bestrebungen der Sedewitz und Rosenfeld auch nach ihrem Ausschluss zu unterstützen. Zur Förderung der Einheit des Parteivorstandes haben nun Rosenfeld und Sedewitz, wahrscheinlich auch in einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, eine „Sozialistische Arbeiterpartei“ gegründet. Diese Gründung und die Tätigkeit der Abtrünnigen werden sowohl von den Kommunisten als auch von den Subgenossen dankbar begrüßt; setzen beide doch ihre Hoffnung darauf, daß es nun endlich zu der schon lange erhofften Vereinigung der SPD kommen möge. Daraus wird nichts werden. Die Gesamtmitgliedschaften, besonders die zuständigen Bezirksvorstände und die Parteiführungen sowohl in Breslau als auch in Zwickau, wo die Spalier anständig sind, stehen fest zur Bekämpfung. — Durch Schreiben an den Reichstagspräsidenten haben die Abgeordneten Ströbel, Ziegler, Vorwärts, Sedewitz und Rosenfeld von der sozialdemokratischen Fraktion Abschied genommen.

Die neue „Partei“. Am 4. Oktober ist in Berlin auf einer von Rosenfeld und Sedewitz geleiteten Reichskonferenz die „Sozialistische Arbeiterpartei“ konstituiert worden. Vom 1. November an soll auch eine Tageszeitung erscheinen; außerdem wollen die „Fackel“-Leute, zu denen sich inzwischen auch Claus Zwickel aus Plauen sowie der bisherige Vorsitzende der SPD in Breslau, Rechtsanwalt Dr. Castein, und Ziegler, Breslau, gesellt haben, im Gegensatz zu dem Reichsbanner, einen Schutzbund bilden. Also Spaltung auf der ganzen Linie. — Soldat der Wodenzung dieser Partei ist Sedewitz.

Hilfer will regierungsfähig werden. Eine bezeichnende Begleitschreibung des französischen Besuches war das Verbot Hilfers an seine Anhänger, den Besuch der französischen Minister durch Demonstrationen zu hindern. Die Begründung, die die Hakenkreuzler für dies Verbot geben, glaubt natürlich kein Mensch. Die Wahrheit ist, daß Hilfer seinen Leuten diese nachsinnliche Maßnahme auferlegt hat, weil ihm klar gemacht wurde, daß ein internationaler Schandal im gegenwärtigen Augenblicke die Regierungsfähigkeit der Hakenkreuzler beeinträchtigen müßte. Regierungsfähig will Hilfer aber zu jeden Preis sein. Zur Regierung drängen Hakenkreuzler und Rechtsparteien mit allen Mitteln! Wirtschaftliche Annäherung an Frankreich, Verständigung der deutschen Hattenbarone mit den französischen Großbankiers winkt, da will die deutsche Schwerindustrie selber ungeführt regieren. Bezeichnend ist, daß gerade der Volksparteiführer Dingeldey einer französischen Zeitung Mitteilungen gemacht hat, in denen er verkündet, Hilfer selbst, wenn er an die Macht käme, denke nicht daran, den Vertrag von Locarno zu verweigern. Dankschreiben an die Regierung ist notwendig, sagt Dingeldey, sie sei aber nur möglich mit den nationalistischen Kreisen beider Länder. — Das sagt der Volksparteiführer Dingeldey, dessen Partei bei den Wahlen in Hamburg wegen ihrer Zweifelhaftheit — Fraktion Drefschel — gehörig eins auf's Haupt bekommen hat.

Regiment in Braunschweig. In Braunschweig sollte der Berliner Polizeipräsident Gezelinski in einer Reichsbannerkundgebung sprechen. Der Naziminister Rönneke hat auch diesen Aufmarsch verboten, trotzdem fast täglich SA-Kundgebungen auf den Straßen Braunschweigs abgehalten werden dürfen.

„Hochverräter“! Ist keine Beleidigung Friedls. Ein Angestellter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der den Nazi-Minister Friedl als Hochverräter bezeichnet hatte, wurde vom Schöffengericht Rudolstadt freigesprochen.

### Vom Bau

Keine Baufelle ohne Firmenschild! Jede Baufelle muß durch ein Firmenschild kenntlich gemacht werden. Diese Bestimmung wird leider an vielen Orten nicht eingehalten. Mancher Unternehmer hat seine Baufellen in einem so verwerflichen Zustand, daß er es für ratsam hält, seine Firma der Öffentlichkeit nicht bekannt zu geben. In weiten Teilen Deutschlands kann die Auffstellung von Baubuden und Aborten erst dann gefordert werden, wenn auf der Baufelle fähig mehr als 10 Mann beschäftigt sind. Eine Veränderung der Vorchrift steht in Aussicht. Einfließen aber sind große Teile unserer Mitglieder, die auf kleinen Baufellen tätig sind, in dieser Frage rechtlos. Einseitige Unternehmer kehren sich nicht an die Vorchrift, sie sorgen für gute Baufelleneinrichtungen, deren Wert sie erkannt haben. Jene Unternehmer aber, auf deren Baufellen für Unfallverhütung und Gesundheitschutz nichts geschieht, die wollen wir Bauarbeiter kennen, auch die Öffentlichkeit soll ihr Firmenschild sehen! Die Verpflichtung zur Anbringung von Firmenschildern ist niedergelegt in dem Gesetz über Sicherung von Bauarbeiten vom Juni 1909. Sie lautet: „§ 4. Bei Neubauten ist der Bauleiter verpflichtet, an leicht sichtbarer Stelle einen Aufschlag anzubringen, welcher den Stand, den Familiennamen und wenigstens einen ausgedruckten Vornamen sowie den Wohnort des Eigentümers und, falls dieser die Herstellung des Gebäudes oder eines einzelnen Teiles des Gebäudes einem Unternehmer übertragen hat, des Unternehmers in deutlich lesbarer und unverwischbarer Schrift enthalten muß. Wird der Bau von einer Firma als Eigentümer oder Unternehmer ausgeführt, so ist diese und deren Niederlassungsort anzugeben. § 7. Mit Gelbfarbe bis zu hundertfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer den Vorchriften des § 4 zuwiderhandelt.“ Das öffentlich ausgehängte Firmenschild hat aber für uns noch einen anderen wichtigen Vorteil. Nicht selten nehmen Kollegen auf einer Baufelle Arbeit an, ohne die Firma zu

**Ohne Wählzettel keine Rechte!**  
Für die Woche vom 4. bis 10. Oktober ist der 41. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

